

## Buchbesprechungen

*Dirk Dohse* und *Christiane Krieger-Boden*: Währungsunion und Arbeitsmarkt – Auftakt zu unabdingbaren Reformen, Kieler Studien 290, Mohr Siebeck, Tübingen 1998, 216 S.

Im Zuge der Vollendung der Europäischen Währungsunion steigt das Interesse an detaillierten Analysen der möglichen Auswirkungen des EURO auf die ökonomischen Rahmenbedingungen. Neben der Sorge um die Stabilität der neuen Währung tritt – in Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten – vor allem die Frage in den Vordergrund, ob die Währungsunion zu einer weiteren Verschlechterung oder vielmehr zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Europa führen wird. In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die vorliegende Studie von *Dirk Dohse* und *Christiane Krieger-Boden*, beide Mitarbeiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, mit den Effekten des Wegfalls der Wechselkurse auf die Arbeitsmärkte in Europa.

In einem einführenden Überblick machen die Autoren zunächst auf die zu erwartenden Chancen und Risiken einer Währungsunion aufmerksam. Die Vorteile eines solchen Systems liegen vor allem in Effizienzsteigerungen. Statische Effizienzgewinne resultieren aus dem Wegfall der Kosten für Währungsumtausch und -umrechnung, dem Sinken der Hedging-Kosten und der Informationskosten im Rahmen von Investitions- und Konsumententscheidungen. Die erhöhte Markttransparenz infolge des Wegfalls der Wechselkurse und die niedrigeren Transaktionskosten führen wiederum zu einer Intensivierung des Wettbewerbs und zu einer Stimulierung der Innovationstätigkeit und können somit auch dynamische Effizienzgewinne bewirken. Das große Risiko der Währungsunion besteht jedoch darin, daß der Wechselkurs und der flexible Einsatz geldpolitischer Instrumente als Anpassungsinstrumente im Fall externer Schocks nicht mehr zur Verfügung stehen. So weist die Theorie des optimalen Währungsraumes darauf hin, daß eine Währungsunion nur dann erfolgreich sein kann, wenn keine asymmetrischen Schocks die beteiligten Volkswirtschaften treffen bzw. wenn die nominalen Güter- und Faktorpreise (insbesondere die Löhne) hinreichend flexibel sind, um anstelle des Wechselkurses eine Anpassung an externe Störungen herbeizuführen.

Hieran anschließend analysieren die Autoren, ob die Optimalitätsbedingungen für den europäischen Währungsraum erfüllt sind. In bezug auf die Relevanz von asymmetrischen Schocks kommen sie zu dem Ergebnis, daß sich für eine Kerngruppe von EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, die Benelux-Staaten, Österreich und Dänemark) reale Größen wie Output und Beschäftigung weitgehend symmetrisch entwickelt haben und dieses Verhalten auch für die Zukunft erwartet werden kann. Führt die Währungsunion jedoch zu einer stärkeren Spezialisierung der Produktionsstruktur der einzelnen Länder, so könnten sogar gemeinsam auf-

tretende Schocks durchaus asymmetrische Wirkungen nach sich ziehen, die eines Anpassungsmechanismus bedürfen.

Im folgenden untersuchen *Dohse/Krieger-Boden* den derzeitigen Stand der Arbeitsmarktflexibilität der einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Als Determinanten der Reagibilität der Arbeitsmärkte verwenden sie dabei die Lohnflexibilität, die zeitliche Flexibilität sowie die qualifikatorische und räumliche Mobilität der Beschäftigten. Anhand verschiedener Indikatoren wie der Höhe und zeitlichen Entwicklung der strukturellen Arbeitslosigkeit, der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit kommen *Dohse/Krieger-Boden* zu dem Schluß, daß die EU-Staaten in drei Gruppen zusammengefaßt werden können. Zur ersten Gruppe, die durch eine hohe Arbeitsmarktflexibilität gekennzeichnet ist, zählen Großbritannien, die Niederlande, Österreich und Portugal, während Deutschland, Frankreich, Finnland, Schweden und Griechenland der Gruppe mit der geringsten Arbeitsmarktflexibilität zuzuordnen sind.

Unter Berücksichtigung der in den vorangegangenen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse analysieren die Autoren im Rahmen einer Status-quo-Betrachtung schließlich die Wirkungen der Einheitswährung auf die Arbeitsmärkte der EU-Mitgliedstaaten. Insbesondere für Österreich und Portugal sehen *Dohse/Krieger-Boden* kaum Risiken durch die Einführung der gemeinsamen Währung, da diese beiden Länder eine recht hohe Arbeitsmarktflexibilität aufweisen und in der Vergangenheit nur selten asymmetrischen Schocks gegenüber dem EU-Durchschnitt ausgesetzt waren, was nach Ansicht der Autoren auch für die Zukunft erwartet werden kann. Für Deutschland, Frankreich, Belgien und Dänemark konstatieren sie dagegen ein etwas größeres Risiko einer steigenden Unterbeschäftigung. Die Arbeitsmärkte dieser Länder sind durch schwerwiegende Inflexibilitäten gekennzeichnet, so daß das Phänomen der Hysterese eine Reduktion der nach eventuell auftretenden externen Störungen angestiegenen Arbeitslosenrate weitgehend verhindert. Noch schlechter stellt sich die Lage für Finnland, Schweden, Italien, Spanien und Griechenland dar, denn das häufige Auftreten asymmetrischer Störungen in vergangenen Jahren läßt auch auf eine recht hohe Anfälligkeit in der Zukunft schließen. Dies trifft zwar auch für Großbritannien, Irland und Portugal zu, dort ist jedoch aufgrund flexiblerer Arbeitsmarktstrukturen kaum mit einer Verschlechterung der Beschäftigungssituation zu rechnen.

Um die Analyse abzurunden, betrachten die Autoren im folgenden noch die langfristigen Wirkungen der Währungsunion auf die Rahmenbedingungen der Arbeitsmärkte. Zum einen kann die erhöhte Markttransparenz den Zusammenhang zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite klarer hervortreten lassen und daraufhin beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktreformen auslösen. Zum anderen ist jedoch zu befürchten, daß die deutlicher werdenden Lohndifferenzen und Divergenzen der Lohnentwicklung die nationalen Regierungen zu weiteren Regulierungsmaßnahmen veranlassen. Der innereuropäische Wettbewerb wird dadurch eingedämmt, was sich negativ auf die Situation an den Arbeitsmärkten auswirken wird. Insbesondere die Gewerkschaften fordern die Ergänzung der Währungsunion um eine soziale Komponente durch die Einführung von Mindeststandards im Rahmen einer aktiven europäischen Beschäftigungspolitik. Die Tatsache, daß in dieser Hinsicht bereits einige Richtlinien erlassen wurden, wie zum Beispiel die Sozialcharta

Kredit und Kapital 3/2000

(1989), das Zusatzprotokoll zur Sozialpolitik (1993), die EU-Entsenderichtlinie (1996), aber auch die Entwicklung distributiver fiskalischer Instrumente wie des Strukturfonds oder des Kohäsionsfonds verstärken durchaus die Sorge, daß das Bestreben nach mehr Wettbewerb innerhalb der EU-Staaten durch regulatorische Maßnahmen unterlaufen wird.

Somit kommen *Dohse/Krieger-Boden* zu dem Schluß, daß die zukünftige Entwicklung der europäischen Arbeitsmärkte infolge der Einführung der gemeinsamen Währung durch zwei Szenarien charakterisiert werden kann. Zum einen besteht die Möglichkeit, daß der verstärkte Wettbewerb den Druck zu ordnungspolitischen Reformen erhöht und dadurch die marktgeleiteten Prozesse gegenüber den politikdeterminierten gestärkt werden. In diesem Szenario profitieren vor allem jene Länder von der Währungsunion, deren Arbeitsmärkte bereits heute durch eine hohe Flexibilität gekennzeichnet sind. Dies sind im wesentlichen Großbritannien und die Niederlande. Aber auch die reformwilligen Regierungen der Länder mit inflexiblen Strukturen können den durch die Währungsunion ausgelösten externen Druck als „Hebel gegen Handlungsblockaden bei der Reform“ einsetzen. Auf diese Weise läßt sich die Implementierung der Währungsunion rechtfertigen, obwohl die in der Theorie formulierten Voraussetzungen für ihren Erfolg noch nicht zur Gänze erfüllt sind. Langfristig wäre in diesem Szenario das Entstehen eines Wettbewerbs um effiziente Bedingungen auf den Arbeitsmärkten zu erwarten. Im zweiten Szenario dagegen führt die politische Bemühung um einen „sozialverträglicheren“ Anpassungsprozeß zu einer Verstärkung des Protektionismus. Effizienzgewinne einer Währungsunion könnten dann kaum noch realisiert werden. Vordergründig profitieren in diesem Szenario zunächst die Länder mit wenig reformierten Arbeitsmärkten wie Deutschland oder Frankreich. Langfristig steigt jedoch die Gefahr des Entstehens einer Interventionsspirale und kann infolge einer Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation einzelne Staaten sogar zum Austritt aus der Währungsunion veranlassen. Das Fazit der Autoren lautet daher, daß die Auswirkungen der Währungsunion auf die europäischen Arbeitsmärkte weitgehend vom Verhalten der für die beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen relevanten Akteure abhängen.

Der Rezensentin verbleibt es, auf zwei Aspekte hinzuweisen. Zum einen stellt die vorliegende Kieler Studie keine theoretische Arbeit dar. Die Analyse der Effekte der Währungsunion auf die Arbeitsmärkte liefert in politisch-ökonomischer Sichtweise primär einen Überblick über bereits bekannte Argumente. Darüber hinaus stützt sie sich nicht auf originäre Forschungsergebnisse, sondern greift vielmehr die Ergebnisse anderer Studien auf. Zum anderen münden nahezu sämtliche Argumente unweigerlich in das „Kieler Credo“ eines Mehr an Wettbewerb und Markttransparenz. Eine etwas kritischere Herangehensweise an die Thematik wäre an einigen Stellen durchaus wünschenswert gewesen.

Äußerst positiv hervorzuheben ist die ausführliche Darstellung der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen und aktuellen Initiativen in den einzelnen europäischen Staaten im Anhang der Studie, der etwa ein Drittel des Gesamtumfangs der Arbeit einnimmt. Aufgrund der Fülle von Details konnten diese jedoch nur teilweise in die Gesamtanalyse integriert werden.

Nichtsdestotrotz ist es den Autoren gelungen, einen umfassenden Überblick über die Thematik zu geben und interessante Einblicke sowohl in die derzeitigen

Arbeitsmarktstrukturen in Europa als auch ihr zukünftiges Entwicklungspotential im Rahmen der Währungsunion zu gewähren. Da die Arbeit sich darüber hinaus sehr gut lesen läßt, ist sie auch für Leser interessant, die mit der Materie nicht vertraut sind.

Christina E. Metz, Kassel

*Gustav A. Horn, Wolfgang Scheremet und Rudolf Zwiener: Wages and the Euro, Physica Verlag, Heidelberg, New York 1999, 143 S.*

Angesichts der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in nahezu allen Volkswirtschaften, die an der Europäischen Währungsunion (EWU) teilnehmen, stellt sich die Frage, welche institutionellen Voraussetzungen für die Lohnpolitik geschaffen werden müssen bzw. welcher Strategie die Lohnpolitik folgen soll, damit diese nicht den (potentiellen) Erfolg der Währungsunion konterkariert. Der Erfolg der EWU stützt sich einerseits darauf, wie es der Europäischen Zentralbank (EZB) gelingt, das Ziel der Preisniveaustabilität zu erreichen, und andererseits darauf, wie es der Wirtschaftspolitik gelingt, Wachstum und Beschäftigung zu fördern und eine Konvergenz der Lebensverhältnisse in der EWU zu beschleunigen.

Gegenstand der vorliegenden DIW-Studie von *Horn, Scheremet und Zwiener* ist eben die Frage nach der optimalen institutionellen Ausgestaltung der Lohnpolitik in einer Währungsunion. Bevor die Autoren in ihrer Studie näher auf diese Frage eingehen, wird in einem ersten Kapitel der theoretische Rahmen der Studie abgesteckt. In diesem Kapitel betonen die Autoren konkret, daß die Studie von keynesianischen Annahmen ausgeht, also eher die kurze Frist beleuchtet. Geldpolitik und nominale Wechselkurse spielen in diesem Rahmen also eine wichtige Rolle, da Preise als rigide angenommen werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Analyse der Wechselkursfunktion zu sehen, denn die angesprochene Pufferfunktion kann nur erfüllt werden, wenn Preise kurzfristig rigide sind. Sehr viel kritischer ist die Darstellung der „Theorie optimaler Währungsräume“ zu sehen. Dort stellen die Autoren dar, daß die Kriterien, die einen optimalen Währungsraum ausmachen würden, endogen sind, das heißt, sich durch eine Währungsunion selbst in Richtung optimaler Währungsraum verändern würden. Die Autoren begründen dies damit, daß durch den Wegfall der Wechselkurse sich die Handels- und Investitionsbeziehungen verstärken würden und somit die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks (und damit auch die Notwendigkeit nominaler Wechselkursanpassungen) sehr viel kleiner würde („Monetary Union thus creates its own optimum area“ S. 9). Diese Logik ist nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheint. Zum einen ist die negative Korrelation zwischen Wechselkursvolatilität und Handelsvolumen empirisch praktisch nicht nachzuweisen. Zum anderen führt die Integration zu stärkerer Spezialisierung der Volkswirtschaften (wegen Skalenerträgen), was die Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks erhöht. Kurzfristig führt eine Währungsunion also keinesfalls endogen zu einem optimalen Währungsraum, auch wenn die Autoren dies mit recht subtilen Argumenten begründen. Die Autoren überbetonen in diesem Punkt den langfristigen Gleichgewichtszustand. Kurzfristig ist der nominale Wechselkurs sehr wohl ein wichtiger Anpas-

Kredit und Kapital 3/2000

sungsmechanismus, wenngleich nicht der optimale, wie man den Autoren zustimmen muß.

Bezüglich der Geldpolitik diskutieren die Autoren sehr ausgewogen, welche monetäre Strategie die EZB verfolgen sollte und ob ein Zwischenziel Verwendung finden sollte. Zur monetären Strategie kommen sie zu dem Schluß, daß die Hauptaufgabe der EZB die Sicherung der Preisniveaustabilität sein sollte, daß aber die Inflationsrate in gewissen Grenzen variieren dürfe, um z.B. keimenden Aufschwüngen nicht zu früh die monetäre Alimentierung zu entziehen. Des weiteren empfehlen die Autoren, ein monetäres Zwischenziel zu verwenden, weil dieses größere ökonomische Sicherheit schafft und damit bessere ökonomische Bedingungen gewährleistet. Die Fiskalpolitik könnte in einer Währungsunion asymmetrische Schocks absorbieren, vor dem Hintergrund der Maastricht-Kriterien und des Dubliner Stabilitätspaktes sind der aktiven (und passiven) Fiskalpolitik starke Grenzen gesetzt, was die Rolle der Lohnpolitik in der EWU noch unterstreicht.

Im Hauptteil der Arbeit wird näher auf die Lohnpolitik und deren institutionellen Rahmen eingegangen. Die Autoren sprechen der Lohnpolitik, da Geldpolitik und z.T. auch die Fiskalpolitik als Politikoptionen wegfallen, eine wichtige Rolle in der Schockverarbeitung zu. Sie weisen zu Recht darauf hin, daß gerade in Volkswirtschaften, in denen eine Lohninflation toleriert wurde, diese in einer Währungsunion (mit Preisniveaustabilität) massiv Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Somit muß die Lohnpolitik eine schnelle Anpassung an die veränderte Situation garantieren. Die Lohnpolitik muß auch die realwirtschaftliche Konvergenz, die im Gegensatz zur monetären noch nicht stattgefunden hat, beschleunigen. Fehlende Konvergenz könnte, so die Autoren, zu politischer Instabilität und der Etablierung einer Transferunion führen.

Um nun Überlegungen zu der „optimalen“ institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes in einer Währungsunion anstellen zu können, werden in einem ersten Schritt die unterschiedlichen Lohnverhandlungssysteme in den verschiedenen europäischen Volkswirtschaften dargestellt. Vor allem der Zentralisierungsgrad und der Kooperationsgrad sind wichtige institutionelle Parameter der Lohnverhandlung; ob jedoch ein direkter Kanal besteht zwischen Zentralisierungsgrad und Kontrollierbarkeit der Inflationsrate, wie die Autoren ihn ausmachen, ist m.E. nicht ersichtlich. In einem zweiten Schritt wird auf der Basis eines „Imperfect-competition“-Modells eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik empfohlen, welche zur Folge hat, daß die Arbeitslosenrate konstant bleibt (und damit in Höhe der NAIRU, wenn man von diesem Ausgangswert gestartet ist). Für die Bundesrepublik würde dies wiederum bedeuten, daß man eine Arbeitslosenquote von ca. 9% zementiert. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik kann also nur dann empfohlen werden, wenn die NAIRU gesenkt wird. Schließlich testen die Autoren empirisch, welche Variablen die Lohnfindung in den einzelnen europäischen Volkswirtschaften determinieren. Sie kommen zu dem Ergebnis, daß eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung nur in den „Hartwährungs-Volkswirtschaften“ (Deutschland, Niederlande, Belgien, Österreich) statistisch signifikant nachgewiesen werden kann. Des weiteren hat die Arbeitslosenrate zwar in nahezu allen Volkswirtschaften einen signifikanten Einfluß auf die Lohnbildung, jedoch ist die Stärke des Einflusses sehr unterschiedlich. Diese Ergebnisse lassen also den Schluß zu, daß die für eine Währungsunion benötigte Konvergenz der Lohn-

bildungssysteme nicht vorhanden ist. Vor allem die mangelnde Produktivitätsorientierung in einzelnen Volkswirtschaften könnte in diesen zu hohen Verlusten an Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Arbeitslosigkeit führen.

In einem nächsten Schritt erläutern die Autoren schließlich das Für und Wider verschiedener institutioneller Ausgestaltungen des Lohnbildungssystems. Vor allem die Auswirkung des Zentralisationsgrades auf Wachstum, strukturellen Wandel und Arbeitsmarktflexibilität werden untersucht. Bezüglich des Wachstums und des strukturellen Wandels werden die Auswirkungen des Zentralisierungsgrades auf die Innovationsfreudigkeit einer Volkswirtschaft dargestellt. Das Ergebnis ist, daß zentrale Lohnverhandlungen den strukturellen Wandel und das Wachstum fördern, weil Innovatoren nur einen Lohn entrichten müssen, der kleiner als die Grenzproduktivität ist. Jedoch kann schneller struktureller Wandel zu hoher struktureller Arbeitslosigkeit führen, wenn die sektorale Mobilität gering ist. Günstiger sind in solchen Fällen dezentralere Lohnfindungssysteme, wie z.B. Verhandlungen auf Firmenebene. Zur Schockverarbeitung sind zentrale Lohnfindungen von Vorteil, weil im ersten Fall die Akteure wichtige makroökonomische Variablen in ihr Kalkül einbeziehen. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß zentrale Lohnfindungssysteme mit kooperativen Elementen von Vorteil für die Schockverarbeitung sind, daß aber nicht in jedem Fall ein monokausaler Zusammenhang zwischen ökonomischem Erfolg und zentraler Lohnsetzung auszumachen ist. Worüber sich die Autoren bei dieser Empfehlung ausschweigen, ist, ob diese zentrale Lohnsetzung auf nationalstaatlicher oder auf europäischer Ebene durchzuführen ist.

Das letzte Kapitel der vorliegenden Arbeit beschreibt verschiedene Simulationen anhand eines makroökonomischen Mehrgleichungsmodells. Es wird untersucht, welche Wachstums- und Beschäftigungseffekte einzelne Strategien haben. Die Simulation stützt das Ergebnis der Autoren, daß Produktivitätsorientierung positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat. Jedoch sollten diese Ergebnisse im Lichte der Lucas-Kritik nicht allzu unkritisch gedeutet werden.

Das Fazit der Autoren lautet, daß die Lohnpolitik produktivitätsorientiert sein sollte und auf einer Ebene stattfinden sollte, auf der die Akteure makroökonomische Größen in ihr Kalkül einbeziehen. Um die Stabilität der EWU nicht zu gefährden, ist es weiterhin auf eine „Beggars-my-neighbor“-Lohnpolitik, d.h., auf eine Lohnpolitik, die mittels Reallohnsenkung auf eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft zielt, zu verzichten. Diese Reallohnsenkung einer Volkswirtschaft führt zwar zu erhöhter Beschäftigung, jedoch reduziert sich das Wachstum dieser und der übrigen Volkswirtschaften der Währungsunion. Zurückzuführen ist dies einerseits auf einen Rückgang der Investitionen aufgrund von Substitutionsprozessen und andererseits auf einen massiven Rückgang des Konsums. Diese Argumentation und deren Schlußfolgerungen sind jedoch recht strittig.

Die Studie von *Horn*, *Scheremet* und *Zwiener* gibt einen fundierten Einblick in die Frage nach der institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes in einer Währungsunion. Die Autoren wählen einen keynesianischen Ansatz, gleichwohl wird bei der Darstellung auch immer die „konkurrierende“ neoklassische Theorie dargestellt. Die Schlußfolgerungen sind größtenteils gut begründet, wenngleich sich, wie gezeigt, kleinere Schwächen offenbaren. Dennoch schaffen es die Auto-

Kredit und Kapital 3/2000

ren, die gestellte Frage nach der optimalen institutionellen Ausgestaltung des Lohnverhandlungssystems in einer Währungsunion mit Hilfe von theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen zu beantworten, wenngleich die Schlußfolgerung, daß das Lohnverhandlungssystem der Bundesrepublik das am wenigsten reformbedürftige sei, angesichts einer NAIRU in Höhe von 9% doch sehr diskussionswürdig ist.

Jörg Lingers, Kassel